

Änderungsantrag

der Abgeordneten Klaus-Jürgen Warnick und der Gruppen der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996

– Drucksachen 13/2000 Anlage, 13/2593, 13/2621, 13/2626, 13/2627, 13/2630 –

hier: Einzelplan 25

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 25 02 – Allgemeine Bewilligungen einschließlich Verwendung zweckgebundener Einnahmen für den sozialen Wohnungsbau – wird der Sollansatz in Titelgruppe 01 – Förderung des Städtebaues – wie folgt geändert:

Soll 1996 lt. 13/2000/Anlage 830 000 TDM
(davon 700 000 TDM für die ostdeutschen Länder),

Soll 1996 lt. 13/2621: 829 750 TDM,

Soll 1996 (Neu): 930 000 TDM
(davon 750 000 TDM für die ostdeutschen Länder).

Bonn, den 7. November 1995

Klaus-Jürgen Warnick
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

1995 standen für die Städtebauförderung noch 872 Mio. DM (731 Mio. Ost/141 Mio. West) zur Verfügung. Die Notwendigkeit der Schwerpunktsetzung „ostdeutsche Bundesländer“, ist unbestritten, zumal mit der Städtebauförderung ein Mehrfaches an privaten Bauinvestitionen mobilisiert wird. Dies wurde auch nachdrücklich auf dem 5. Quedlinburger Städtebaukongress (auch vom Bundesbauminister Dr. Klaus Töpfer) sowie in den Stellungnahmen des Bauausschusses des Deutschen Bundestages und des Bundesrates betont. Deswegen darf dieses Instrument nicht in noch stärkerem Maße fiskalischen Zwängen zum Opfer fallen. Eine Verstärkung der Städtebauförderung auf hohem Niveau bei gleichzeitiger allmählicher Veränderung der Verhältnisse zu Gunsten der westdeutschen Länder sowie der Kriterien und Förderbedingungen auch über 1996 hinaus ist geboten.

